

Lübeck will Innenstadt dauerhaft mit festen Pollern und Sperren schützen

Sorge vor Terror und Amoktättern – Stadt fordert Unterstützung vom Land – Start im Jahr 2028?

LÜBECK. Die Lübecker Verwaltung möchte die Altstadtinsel dauerhaft zu einer Sicherheitszone machen. Versenkbare Poller und Sperranlagen sollen verhindern, dass Attentäter mit einem Auto oder Lastwagen in die Menge rasen. Das geht aus der Vorlage des Rathauses für den nächsten Bauausschuss hervor. Schon 2028 soll es losgehen.

Neben der Anschaffung mobiler Zufahrtssperren „stellt sich die Frage nach zusätzlichen baulichen Schutzkonzepten, insbesondere für solch vulnerable Flächen wie die Breite Straße, den Markt oder aber die Strandpromenade in Travemünde“, heißt es in dem Rathaus-Papier. Diese Flächen seien eigentlich dauerhaft für Veranstaltungen angefragt, sagt Lübecks Bürgermeister Jan Lindenau (SPD). Und auch außerhalb davon könnten sie, weil hoch frequentiert, ein potenzielles Angriffsziel von Attentätern sein, heißt es in dem Papier.

Städte wie Berlin, Essen, Münster, München oder Stuttgart würden ihre Veranstaltungsflächen deshalb schon zusätzlich mit „baulichen Sicherheitsoptionen“ schützen. Dahinter stecke die Erkenntnis, dass neben Terroranschlägen zunehmend auch sogenannte „Überfahrtaten“ durch Selbstmörder und Amokläufer eine Gefahr sind.

Die Bürgerschafts-CDU unterstützt die Poller-Pläne. Allerdings müssten auch Landesregierung und Landespolizei mehr Verantwortung übernehmen, sagt der CDU-Abgeordnete Jochen Mauritz. Es müsse endlich ein landesweites Schutzkonzept her. „Die Kieler haben mit der Kieler Woche doch dieselben Probleme.“ Es könnten zudem mobile Sperren vom Land zentral beschafft werden und nach der Travemünder etwa auch bei der Kieler Woche zum Einsatz kommen. Die SPD unterstützt die Vorschläge der Verwaltung ebenfalls. „Sicherheit und Ordnung“ seien wichtige Aufgaben, sagt ihr Abgeordneter Frank Zahn. Der Auf- und Abbau der mobilen Sperren koste zudem viel Geld. Das könne mit festen Sperren gespart werden. Die FDP hingegen steht dem Ganzen skeptisch gegenüber. „Ich halte es für problematisch, wenn wir unsere Städte jetzt immer weiter hochrüsten“, sagt deren Fraktionschef Thorsten Förster. Die Liberalen setzten eher auf mobile Anlagen. Selbst die würden den Wert mancher Veranstaltung, Spaß und Freude ja schon trüben. Zudem müsse es das Ziel von Politik bleiben, den Terrorismus eines nicht fernen Tages zu besiegen und Anschläge im Vorfeld zu verhindern, sagt Förster. Bei den Grünen hingegen hält man vor dem Hintergrund von Anschlägen wie auf

den Magdeburger Weihnachtsmarkt „einen erhöhten baulichen Zufahrtsschutz“ für richtig, sagt deren Bau-Experte Arne-Matz Ramcke. Man trage aber nur Lösungen mit, „die sich harmonisch ins Stadtbild einfügen“. Die Verwaltung hält so etwas durchaus für möglich. An den Kosten müsse sich aber das Land beteiligen, fordert Ramcke. „Das Land zieht sich aus seiner Verantwortung“, klagt auch Förster. Die Polizei etwa ziehe sich immer weiter aus der Erstellung der Schutzkonzepte zurück.

Im Rathaus fordert man ebenfalls, das Land per Gesetz stärker in die Pflicht zu nehmen. Die Auffassung, dass die Gefahrenabwehr eine kommunale Aufgabe sei, stamme aus einer Zeit, in der es um den Schutz von Laternenumzügen und Stadtteilfesten ging. „Heute sehen wir uns internationaler Bedrohungslagen und Terrorismus ausgesetzt“, sagt Bürgermeister Jan Lindenau. Das könne auf Dauer ja aber wohl nicht die Aufgabe einer Kommune sein.

Um die Pläne für eine sichere Innenstadt und Vorderreihe voranzubringen, will man im Rathaus jetzt ein Ingenieurbüro damit beauftragen, ein Zufahrtsschutzkonzept samt Kosten-schätzung für Lübeck zu erarbeiten. Bereits die Ausschreibung dieser Ingenieurleistung soll für bis zu 25.000 Euro von externen Beratern begleitet werden. Zu-



Sogenannte Big Packs sind beim Lübecker Weihnachtsmarkt bereits ein bekanntes Bild.

Foto: Jens Büttner/dpa-Zentralbild/dpa

sätzlich soll eine Projektgruppe die Planungen und Baumaßnahmen von Anfang an begleiten.

Mitglieder der Projektgruppe sollen die Feuerwehr, der Kurbetrieb Travemünde, das Lübeck und Travemünde Marketing (LTM), die Stabsstelle Verkehrsflussmanagement sowie die Abteilungen Stadtplanung, Stadt-

grün und Verkehr werden. Denn die Aufgaben sind vielfältig. So müsse etwa beim Einbau versenkbarer Poller auf der Altstadtinsel berücksichtigt werden, dass es sich hier um ein Überflutungsgebiet handle. Auch Bodendenkmäler wie alte Keller oder Mauerreste stünden dem Poller-Bau oft entgegen.

Dass der Auf- und Abbau der mobilen Sperren tatsächlich viel Geld verschlingt, macht eine Auflistung der Verwaltung deutlich. Zusätzlich zu den 243.365 Euro für deren Anschaffung entstanden und entstehen dafür im Jahr 2026 Kosten von fast 205.000 Euro. Allein rund 45.000 Euro wurden dabei für

die Absicherung der Travemünder Woche mit mobilen Sperren fällig, der Christopher-Street-Day schlug mit gut 27.000 Euro zu Buche, das Hanse-Kultur-Festival mit gut 36.000 Euro. Für den Weihnachtsmarkt in diesem Jahr werden vom Rathaus dafür noch einmal 40.000 Euro eingeplant. **WH**



Unsere Herbstangebote

30%

auf den Nählohn
Ihrer neuen Dekoration

- nicht in bar auszahlbar oder mit anderen Aktionen kombinierbar
- kostenloses Aufmaß
- Angebot gilt bis 30.11.2026
- Rabatt nur für Neubestellungen

**Rabatt nur gegen
Vorlage dieser Anzeige
bei der Bestellung**

Thermostoffe in großer Auswahl

30%

auf maßgefertigte Plissees,
ausgewählte Kollektion

- nicht in bar auszahlbar oder mit anderen Aktionen kombinierbar
- kostenloses Aufmaß
- Angebot gilt bis 30.11.2026
- Rabatt nur für Neubestellungen

Schwartauer Allee 13a-15 · 23554 Lübeck
5 Parkplätze vor den Schaufenstern · Haltestelle Wickede-Str. Linie 1 + 10
Montag - Freitag 10.00 - 18.00 Uhr · Sonnabend 10.00 - 13.00 Uhr
Tel. 0451-43115 · www.gardinen-schlichting.de

Minijob-Reform: Lübecker Gastronomen fürchten Folgen

Rentenkommission will Sonderstatus abschaffen – Wird Essen gehen noch teurer?

LÜBECK. Gastronomen in Lübeck schlagen Alarm: Die Pläne der Rentenkommission, Minijobs in derzeitiger Form abzuschaffen, machen ihnen große Sorgen. „Wenn die Pläne umgesetzt werden, dann werden es einige Betriebe in Lübeck ziemlich schwer haben“, sagt Gabrijel Pranjić, Chef des Restaurants „Schlumachers“ und Dehoga-Vorsitzender in der Hansestadt. Die Rentenkommission empfiehlt, Minijobs grundsätzlich in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen und ihren steuer- und sozialversicherungs-

rechtlichen Sonderstatus abzuschaffen. Minijobber dürfen derzeit maximal 603 Euro verdienen – nur bis zu dieser Einkommensgrenze gilt der Sonderstatus, was Steuern und Sozialabgaben betrifft.

Dies setze jedoch Anreize, die Erwerbstätigkeit nicht auszuweiten. „Minijobs werden dadurch zur dauerhaften, sozial kaum abgesicherten Beschäftigungsform“, schreibt die Rentenkommission. Vor allem für Frauen, die häufig Minijobs ausüben, wenn ihre Kinder klein sind, berge das ein „erhebliches Armutsrisiko“.

Aber Gastronomiebetriebe sind oft auf die flexiblen Arbeitskräfte angewiesen. „Besonders an Wochenenden, Feiertagen, während der Saison oder bei kurzfristigen Auftragsspitzen leisten Minijobber einen entscheidenden Beitrag“, sagt Andreas Tedsen, Hauptgeschäftsführer des Dehoga Schleswig-Holstein. Der Berufsverband für das Gastgewerbe vertritt mehr als 2000 Betriebe im Land. „Wir verstehen diese Vorschläge überhaupt nicht. Sie gehen vollständig an der Realität der Betriebe und ebenso an den Bedürfnissen vieler Beschäftigter vorbei“, sagt er.

Tedsen weist zugleich die Darstellung zurück, Minijobs seien Beschäftigungsverhältnisse ohne soziale Absicherung. Arbeitgeber entrichteten bereits erhebliche pauschale Abgaben zur Kranken- und Rentenversicherung. Zudem übe der weit überwiegende Teil der Minijobber diese Tätigkeit zusätzlich zu einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung, einer Ausbildung oder einem Studium beziehungsweise im Ruhestand aus.

„Für viele Menschen ist der Minijob eine bewusst gewählte und passende Möglichkeit, flexibel etwas hinzuzuverdienen. Für Unternehmen ist er häufig das entscheidende Stück Flexibilität, das einen verlässlichen Betrieb überhaupt noch ermöglicht“,

sagt Verbandschef Tedsen.

Ähnlich argumentiert Michael Engel, Geschäftsführer des Lübecker Traditionsrestaurants „Schiffergesellschaft“. „Gerade für die Gastronomie sind Minijobs unverzichtbar, weil wir unseren Personalbedarf vor allem abends, am Wochenende und an Feiertagen flexibel abdecken müssen“, sagt Engel.

Für die Gastronomie bedeute die geplante Reform entweder höhere Personalkosten oder weniger Personal – und damit letztlich weniger Service, kürzere Öffnungszeiten oder höhere Preise. „Wenn der Minijob verschwindet, verschwindet der Personalbedarf nicht. Die Arbeit bleibt – sie wird nur schwieriger und teurer zu organisieren“, sagt Engel.

Bei der Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststätten (NGG) in Lübeck sieht man das anders. „Minijobs sollen nicht abgeschafft werden, Minijobs sollen sozialversicherungspflichtig werden“, sagt Maren Bernitt, NGG-Geschäftsführerin in Lübeck, die die Sorgen der Gastro-

nomen nicht verstehen kann. „Wer arbeitet, muss von seiner Arbeit leben können und vom ersten Euro an sozial abgesichert sein – bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter.“

Die Gewerkschaft weise seit Langem auf die strukturellen Probleme von Minijobs hin. Im Gastgewerbe sei fast jedes zweite Beschäftigungsverhältnis ein Minijob. Der NGG-Landesbezirkssekretär Fabian Schmid weist die Kritik der Gastronomen ebenfalls zurück.

„Die häufig vorgebrachte Befürchtung, dass ein Wegfall dieser Beschäftigungsform zu erheblichen Problemen führen könnte, teilen wir nicht“, sagt Schmid, und: „Aus unserer Sicht lassen sich viele Herausforderungen durch eine vorausschauende Personalbedarfsplanung, verlässliche Arbeitszeitmodelle und eine bessere Schichtplanung auffangen.“

Monib Alyasi vom Restaurant „Ziegelei“ in Lübeck hat eine klare Meinung zu der geplanten Abschaffung der Minijobs in ihrer jet-

zigen Form. „Das ist totaler Quatsch“, sagt er. „Wir beschäftigen super gern Menschen fest bei uns, aber wir sind auch darauf angewiesen, in den Stoßzeiten auf einen Pool von Arbeitskräften zuzugreifen.“

Das Restaurant hat vor ein paar Wochen seinen zweiten Geburtstag in der Hansestadt gefeiert. „Bei uns formt sich gerade ein beständiges Team“, sagt der Gastronom, und: „Es ist jetzt schon sehr, sehr schwer, gute Minijobber zu finden.“

Laut Gabrijel Pranjić ist die Personalplanung nicht so einfach, wie sich das die Gewerkschaftsvertreter vorstellen. „Wir kämpfen jeden Tag um unsere Betriebe und den Erhalt der Arbeitsplätze. Es gibt immer mehr Auflagen von der Politik und immer mehr Preissteigerungen an allen Fronten“, sagt Pranjić. „Es geht hier um Schicksale und echte Menschen! Ich denke, dass keiner von den Gewerkschaftern jemals einen Betrieb eröffnet oder durch eine Krise manövriert hat.“ **HAN**



Will keine neue Minijob-Regelung: Der Lübecker Dehoga-Chef Gabrijel Pranjić in seinem Restaurant „Schlumachers“ in der Lübecker Altstadt. Fotos: Agentur 54°



Wir verrichten Gartenarbeiten rund ums Haus von A bis Z. Wir kapfen und fällen auch Bäume und legen Neuanlagen an.

20% Neukundenrabatt

Unsere Leistungen:

- Gartengestaltung/-pflege
- Baumfällung-Seiltechnik
- Hecken-/Formschnitt
- Rollrasen
- Vertikutierarbeit

Wir bieten auch Reinigungsarbeiten an/von:

- Gehwegen
- Terrassen
- Fassaden
- Dachziegeln
- Dachpfannen-
- Imprägnierung
- mit additionaler
- Versiegelung

Wir verrichten für Sie:

- Maurer- und Pflasterarbeiten
- Dachreparaturen & Dachrinnen-Erneuerungen
- Renovierungs- & Malerarbeiten
- Zaunsetzungen
- ... und vieles mehr.

Mobil: 0152 187 365 69

LÜBECK-WESLOE LÄDT EIN:

FREITAG | 16. OKTOBER | 18:30 UHR

LATERNENUMZUG

mit tollem Feuerwerk

- In Begleitung der Deutschen Jugend-Brassband Lübeck
- Jedes teilnehmende Kind erhält eine Naschtüte
- Während der Veranstaltung: 1,50 € je Bratwurst (am Bratwurststand vor dem Haus)

famila
besser als gut!

LÜBECK-WESLOE
Wesloer Landstr. 50-70 | Mo. bis Sa. 7-20 Uhr



Das FRISEUR ATELIER



Brandenbaumer
Landstraße 9
23566 Lübeck
04 51 / 6 81 01
www.Das-Friseur-Atelier.de